

An die Wähler.

In den letzten Tagen ist in unserem Wahlkreise ein demokratisches Flugblatt verbreitet worden, welches es sich zur Aufgabe macht, in einer sehr vulgären Form den Wählern auszumalen, welche erdrückende Last von Steuern sie zu erwarten haben, wenn sie in den Reichstag nicht den Rechtsanwalt Horn wählen. Es wird darin wörtlich gesagt:

„Ihr Wähler — seid Ihr gelassen, mehr Geld und nochmals mehr Geld zu zahlen und bluten zu lassen, was irgend noch einen Tropfen Blut in den Adern hat.“ — Verhindern sollt Ihr jede weitere Verlastung des Volkes und Ihr könnt das! Das Mittel, diese allgemeine Blutung zu stillen, liegt in den Händen der Wähler. Wählen wir am 27. Oktober eine Mehrheit liberaler Männer, so ist von einer Bewilligung weiterer Steuern keine Rede, wählen wir eine konservative Mehrheit, so mag ein Jeder zusehen, wie viel von seiner Haut er nach weiteren drei Jahren noch auf dem Arste hat!“

In dieser geschmacklosen Weise geht es weiter und heißt zum Schluss:

„Wir wollen den Mann wählen, der nur das Eine verspricht und halten wird, daß er nämlich unter den gegenwärtigen Verhältnissen keine weitere Verlastung des Volkes bewilligen wird — nämlich den Herrn Rechtsanwalt Horn.“

Dies ist freilich wenig, was hiernach Herr Rechtsanwalt Horn verspricht, indessen wüßten wir längst, daß dieser Herr kein vielversprechender Kandidat für den Reichstag ist. Im Uebrigen kann man sich nur fragen, ob die Verfasser dieses Pamphlets wissenschaftlich oder nur unwissenschaftlich die darin enthaltenen Unwahrscheinlichkeiten ansprechen. Die Unrichtigkeit der Uebertreibung in jedem einzelnen Satze, wozon oben einige Proben gegeben wurden, durchschaut ein Jeder. Die Hauptsache aber ist, daß eine Erhöhung der Staatseinnahmen im Augenblicke gar nicht beabsichtigt wird, da die Regierung seit Einlösung der Balle in der Bage ist, aus den in ihre Kasse fließenden Geldern die Bedürfnisse des Staates zu befriedigen, sondern nur eine Reform des Steuerwesens zu dem Zweck, die gegenwärtigen und allerdings notwendigen Einnahmen auf billigere Weise zu beschaffen, welche dem Steuerzahler am wenigsten lästig ist. Nun ist die Regierung und mit ihr gewiß jeder wirklich praktische Mann der Meinung, daß die direkte Steuer, namentlich von den ärmeren Klassen, viel schwerer bezahlt wird, wie die weniger sichtbare indirekte Steuer, jedenfalls aber, daß eine weitere Erhöhung der direkten Steuern in Preußen kaum zulässig ist. Die direkte Abgabe an den Staat ist zu erschwingen; aber die Zehnjährige, welche die Städte zu der klassigsten Einkommen- und Klassensteuer erheben — in Elbing bekanntlich 320 Prozent, in einigen westfälischen Städten sogar bis zu 600 Prozent — sind so exorbitant, daß sie sich endlich dringend einer Reform (im Kommunalsteuerwesen) bedürfen, auf keinen Fall aber diese bloßen Steuerzahlungen einer Steigerung fähig sind.

Wenn das Reich resp. der Staat Geld braucht — was die Volkvertretung durch geschickliche Verwilligung jedes einzelnen Postens anerkannt hat — so war die Frage sehr einfach, die: Sollen, um diese Mittel zu beschaffen, die bereits auf ihr höchstes Maß geschraubten direkten Steuern ins Unersehningliche gesteigert werden; oder soll man zu indirekten Steuern greifen? und nach Obigen war nur das letzte möglich. Die Mehrausgaben des deutschen Reiches seit der letzten 3 Jahre werden liberalerseits auf 145 Millionen angegeben — die Richtigkeit dieser Zahl mag dahingestellt bleiben. Wie hätte man diese Summe durch direkte Steuern d. h. durch baare Zahlung Seitens jedes Einzelnen, aufbringen wollen? Was hätten dazu wohl die liberalen Redenklünstler gesagt? Aufgebracht aber mußte das Geld werden, denn die Volkvertretung selbst hat anerkannt, daß die betreffenden Bedürfnisse vorhanden waren, daß namentlich die Verneuerung des Heeres Angesichts der politischen Konstellationen in Europa und der Küstungen unserer Nachbarn notwendig war. Wenn die Bälle, zu welchen doch mindestens der wesentliche Beitrag von Ausland gezahlt wird, und indirekte Steuern es zu Wege gebracht haben, alle diese Bedürfnisse zu decken, und uns so die sonst notwendige Erhöhung der direkten Steuern um den gleichen Betrag erspart haben, so liegt schon der Idee ausreißende Rechtfertigung. Nebenbei haben sie unserer nationalen Arbeit, namentlich der Landwirthschaft, den unentbehrlichen Schutz gebracht und zwischen unserem Export und Import die zum kolossalen Schaden des Nationalvermögens verloren gegangene vernünftige Bilanz hergestellt. Die liberalen Doktriniere nennen dies „Reaktion“, und zwar mit Recht! Denn wenn wir jemand eine Ohrfeige giebt, so ist dies eine Aktion, wenn ich sie erwidere, so ist dies die Reaktion; wenn Amerika, Rußland, Frankreich von unsren Produkten Bälle erheben, so ist dies eine Aktion, wenn wir eben so klug sind, so ist dies die Reaktion, mit welcher Deutschland aufgebracht hat, zu den „Dummen“ zu zählen, nämlich Anderen Bälle zu zahlen, ohne diese weise Maßregel einfach zu erwidern; im Uebrigen werden freilich die „Dummen“, „nicht alle“ auch nicht diejenigen, welche immer noch den längst verbrauchten liberalen Phrasen lauschen.

Während die Regierung den aufsichtigen Willen und sicherlich auch in höherem Grade, wie die liberalen Parlamentsknechten, die Fügigkeit hat, die nur einmal notwendig sind und von der Volkvertretung anerkannten Staatsbedürfnisse auf die zweckmäßigste, d. h. am wenigsten lästige Weise aufzubringen, wozon es die Schreiber des hier zu Gunsten der Herrn'schen Wahl verbreiteten Pamphlets, aufzuziehen,

„daß die Regierung unser Blut bis auf den letzten Tropfen ausaugen wolle“ und liberale Abgeordnete, namentlich auch Herr Rechtsanwalt Horn nöthig wären, um solches zu verhindern! Als ob die „Regierung“ eine feindliche Macht wäre, und nicht vielmehr diejenige Instanz, welche berufen ist, das Staatsinteresse wahrzunehmen und in der That Nichts weiter im Auge hat, und welche als solche die Vertreterin jedes einzelnen Staatsbürgers ist. Ein Gegensatz zwischen Volk und Regierung existirt überhaupt nicht, und nur böser Wille kann behaupten und nur Blindheit es glauben, daß die Regierung andere Ziele im Auge hat, als die Wohlfahrt des Volkes, dem sie selbst ja doch so gut angehort, wie jeder Staatsbürger.

Aber es giebt „Parteiinteressen“ und „Prinzipien“, welche höher stehen, und hiesfür giebt es kein charakteristischeres Beispiel, wie die Ablehnung der Stempelsteuer Seitens der Liberalen, namentlich der Fortschrittspartei. Nach diesem Gesetz nämlich werden die Emission und der Handel mit Aktien, namentlich ausländische Aktien, sowie die Börsengeschäfte einer, zumal verhältnismäßig äußerst geringen, Steuer unterworfen. Jedes Kind nun weiß, daß derjenige, welcher dergleichen Geschäfte macht und also diese Steuer zahlt, nicht der „arme Mann“ ist, sondern der „reiche Mann“, welcher des Mittags auf Gummis auf Böse rollt. Die Wähler, welche nicht in dieser benennenswerten Lage sind, werden sich daher zu fragen haben, ob der Abgeordnete, welcher gegen diese Art der Geldbeschaffung ist, ihr Interesse wirklich wahrnimmt? Es könnten ja, um die direkten Steuern zu können, ähnliche Maßregeln von der Regierung vorgeschlagen werden; ist es da zweckmäßig, Herrn Rechtsanwalt Horn zu wählen, welcher

nur das Eine verspricht und halten wird — nämlich gegen jede neue Steuern — also auch gegen derartige Maßregeln — zu stimmen?

Reichter kann man sich die Sache allerdings nicht maßen! Ob es aber eine richtige Auffassung von den Pflichten eines Volksvertreters ist, dieselben nur in der bedingungslosen Verweigerung der Steuern zu erblicken — Herr Rechtsanwalt Horn verspricht ja „nur das Eine“ — mag dahingestellt bleiben. Außerdem, wie schon bemerkt: es handelt sich nicht um neue Steuern, sondern um eine Reform der bereits vorhandenen, namentlich darum, die Erhöhung der direkten Steuern auf jeden Fall zu verhindern.

Herr Rechtsanwalt Horn bekennt sich, so viel aus seinen, allerdings sehr vorsichtigen, Erklärungen zu entnehmen ist, zu den „Segeßionisten“, auf deutsch zu der Fortschrittspartei, in deren Gefolgschaft sich jene, wie sich in der gegenwärtigen Wahlbewegung gezeigt hat, vollständig befinden. Die Wähler dieses Herrn haben daher von ihm die Unterstützung der unfruchtbarsten Oppositions- und Fraktionspolitik zu erwarten, welche diese Partei seit dem Jahre 1869 betreibt, wo sie die Verfassung des norddeutschen Bundes und demnachst des deutschen Reiches absichtete und dann in quaderdrogender Konsequenz sämtliche nennenswerthen Gesetze, wie die Militär-, Justiz-, Sozialistengesetz, Zölle u. s. w. — Die liberal-fortschrittlich-segeßionistische Partei hat an der ganzen Entwicklung und dem Ausbau des deutschen Reiches in den letzten 11 Jahren keinen Anteil; denn Alles, was geschehen ist, geschah gegen ihren Willen! Wie ein alter Mann, der zu der modernen Entwicklung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens nur den Kopf schüttelt und das Schlimmste prophezeit, sieht diese Partei mißgerneigt zu, wie sich das deutsche Vaterland in den verfloßnen 12 Jahren mit einem beispiellosen Aufschwunge aus dem imposanten „deutschen Bunde“ zu dem „deutschen Reich“ entwickelt hat, welches sowohl in seiner äußeren Machtstellung, wie in der Ordnung seiner inneren Staats Einrichtungen alle anderen Staaten, ohne Ausnahme, übertrifft. Die Fortschrittspartei hat an dieser Erhebung keinen Anteil; denn sie hat die Mittel zur Wehrhaftigkeit unseres Heeres stets verweigert und der friedliche gesetzliche Aufbau des Reiches ist Schritt für Schritt gegen ihre Stimmen vollführt worden.

In letzterer Hinsicht mag zu ihrer Entschuldigang erwähnt werden, daß einer ihrer einflußreichen Propheten, der Abg. Birchow im Jahre 1869 aussprach:

„Es ist nie eine Zeit gewesen, wo so wenig Grund vorhanden war zur Nüftung, als die heutige.“

Ein halbes Jahr später fanden unsere Truppen in Frankreich!

Diesen kanzlichtigen, in ihren Prinzipien verrannten Politikern wick sich Herr Rechtsanwalt Horn im Wesentlichen angeschlossen — NB. wenn er gewählt wird, was hoffentlich nicht geschehen wird, denn auch in diesem Sinne ist diese Kandidatur „nicht vielversprechend“!

Herr von Minnigerode verspricht freilich mehr wie „nur das Eine“ des Herrn Rechtsanwalts Horn. Von einer „Wehrbelastung“ des Volkes aber ist, wie gesagt, überhaupt gar nicht die Rede; es bedarf daher auch keiner Heroen, welche versprechen, sie zu verhindern; wohl aber bedarf es solcher Abgeordneter, welche mit dem christlichen Vertrauen, welches die Regierung erwarten darf, deren Propositionen entgegentritt, dieselben mit Fleiß und an der Hand von persönlichen Kenntnissen prüft und so an der Gesetzgebung thätig mitarbeitet. Dieses verspricht Herr von Minnigerode und er ist hierzu vermöge einer reichen Erfahrung im öffentlichen Leben vor vielen Anderen befähigt. Der Rechtsanwalt Horn hat außer in seinem Berufe noch keinerlei politische Befähigung nachgewiesen und entbehrt namentlich der Erfahrung in ländlichen Verhältnissen. Willrecht ist gerade dies der Grund, daß er beschreiben „nur das Eine“ — die Steuererweigerung — zu versprechen mag! Daher werden die Wähler ihr und das allgemeine Interesse besser wahrnehmen, wenn sie den

Freiherrn von Minnigerode

wählen, als den so wenig versprechenden Rechtsanwalt Horn!